

„Darf ich als Muslim wählen?“

Islam und Demokratie in der pädagogischen Praxis (nicht nur online)

Demokratie – Nein, danke!?

Für viele muslimische Jugendliche spielt die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam eine große Rolle. Zum Beispiel in Diskussionen, die in sozialen Netzwerken geführt werden. Dabei finden sich häufig Beiträge, in denen eine grundsätzliche – wenngleich oft diffuse – Verunsicherung zum Ausdruck kommt: Viele Jugendliche erleben einen Widerspruch zwischen ihrer Selbstwahrnehmung als Teil der Gesellschaft und den Vorstellungen, die im öffentlichen Diskurs („Gehört der Islam zu Deutschland?“, „Wie gefährlich ist der Islam?“), aber auch in Beiträgen aus islamistischen Kreisen („Demokratie – nein danke!“), formuliert werden. Ein Leben nach Koran und Sunna, so die Botschaft, lasse sich mit einem Leben in einer demokratischen Ordnung eben nicht in Einklang bringen.

Diese Wahrnehmungen lassen sich in der pädagogischen Arbeit aufgreifen – im Online-Chat mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen genauso wie im Unterricht oder beim Gespräch am Kicker. Dieses Dossier bietet Hilfestellungen für den Umgang mit entsprechenden Sichtweisen, um eine Anerkennung von gesellschaftlichen Unterschieden und Pluralismus zu fördern und Jugendlichen Möglichkeiten der Teilhabe aufzuzeigen.

Das Unbehagen an der Demokratie wird von manchen Jugendlichen religiös begründet. Nicht selten reproduzieren sie dabei kulturalistische Sichtweisen, nach denen sich „islamisches“ und „westliches“ Denken unvereinbar gegenüberstehen. So dienen zum Beispiel Kriege, die von „westlichen“ Ländern in mehrheitlich muslimischen Ländern geführt werden, als Beleg für einen vermeintlichen grundsätzlichen Konflikt zwischen „dem Westen“ und „den Muslimen“. Die Verteidigung der Menschenrechte, mit denen Europa oder die USA zum Beispiel die Kriege im Irak oder in Libyen gerechtfertigt habe, sei nur ein Vorwand für wirtschaftliche Interessen. Ein anderes Argument besagt, „der Westen“ sei als Ganzes unmoralisch, materialistisch, hedonistisch und individualistisch und stehe damit im Widerspruch zu einer wahrhaft islamischen Gesellschaft. Der Islam erscheint als höherwertig und allein vollkommen.

Demokratiebegriff

„Demokratie“ wird in vielen Diskussionen wortwörtlich als „Volksherrschaft“ verstanden. Der Begriff Demokratie bezeichnet jedoch mehr als allgemeine und freie Wahlen. Er beinhaltet eine selbstverantwortliche Wahl des Lebensstils und das Recht, eigene Interessen und Vorstellungen gegenüber der Gesellschaft geltend zu machen. Demokratie kann also sowohl die Freiheit individueller Entscheidungen und Handlungen sowie individuelle Verantwortung als auch individuelle Gleichheit vor Recht und Gesetz – und damit einen Schutz von Minderheiten – ermöglichen. Gleichzeitig schafft Demokratie die Grundlagen für eine Vielfalt moderner politischer Ordnungen, deren gemeinsames Kennzeichen die Volkssouveränität und die Beschränkung politischer Herrschaft ist (nach Klaus Schubert/Martina Klein: Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2011).

In dieser Wahrnehmung handeln Muslim_innen, die sich ganz selbstverständlich als Teil der deutschen Gesellschaft sehen, unislamisch. Das gelte umso mehr für islamische Theolog_innen, die an deutschen Universitäten lehren und die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie herausstellen. Muslim_innen, die sich als Deutsche verstehen und sich auf demokratischem Wege für individuelle Interessen (und damit natürlich auch für die Interessen von in Deutschland lebenden Muslim_innen) einsetzen, seien danach vom vermeintlich rechten Weg des Islams abgekommen.

Die pädagogische Herausforderung im Umgang mit derartigen Positionen besteht darin, diese Kontroversen aufzugreifen, ohne Erfahrungen der Jugendlichen mit undemokratischen Strukturen in Deutschland und internationale Ungerechtigkeiten zu ignorieren.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, theologische Diskussionen zu führen, sondern die Jugendlichen auf einer lebensweltlichen Ebene anzusprechen.

Ein Ziel kann sein, Jugendliche für gesellschaftliche Vielfalt zu sensibilisieren und für eine Akzeptanz von Unterschieden in der Gesellschaft zu begeistern. Dazu gehört die Aufforderung, sich selbst aktiv in gesellschaftliche und politische Debatten einzubringen und eigene Interessen konstruktiv zu vertreten.



Screenshot des Facebook-Profiles „Abu-Z-Projekt“

Dabei kann es sinnvoll sein, den Begriff „Demokratie“ in der pädagogischen Arbeit zumindest anfangs zu meiden. Dies erleichtert eine Diskussion über Rechte und Freiheiten, aber auch über Verantwortung und Pflichten, die nicht durch eventuell vorhandene Vorbehalte gegenüber einem vorbelasteten Begriff geprägt sind.

Hintergrund: Eine Frage der Macht? – Freie Wahlen und Gottesherrschaft

Die Annahme, „der Islam“ sei mit demokratischen Strukturen unvereinbar, speist sich aus der Vorstellung, Koran und Sunna beinhalten eindeutige und unabhängig von historischen Kontexten geltende Aussagen über die gesellschaftliche Ordnung. So würden beispielsweise Körperstrafen für Diebstahl grundsätzlich auch heute noch, 14 Jahrhunderte nach der Offenbarung, unverändert gelten. Gott allein, so heißt es hier, habe das Recht, über weltliche und religiöse Belange zu entscheiden. Die Idee einer allumfassenden Gesetzgebung durch Gott (hakimiyyat Allah) ist bis heute für islamistische Organisationen – und damit auch für viele Menschen mit einem rigiden salafistischen Islamverständnis – zentral. Problematisch ist dabei nicht die Vorstellung von einem allmächtigen, schöpferischen Gott, sondern die Ablehnung von Wahlen und von Menschen gemachten Normen und Gesetzen. Für Islamisten ist dies ein Verstoß gegen die Allmacht Gottes. Allein die Teilnahme an einer freien Wahl wird in besonders rigiden Auslegungen als Abfall vom Glauben (kufr) und Polytheismus (shirk) verstanden.

Allerdings: Viele anerkannte Theolog_innen in Deutschland und Westeuropa, aber auch der Türkei und anderen mehrheitlich muslimischen Ländern vertreten ein anderes Verständnis der Werte und Prinzipien von Koran und Sunna und übertragen diese auf aktuelle Fragen und Konflikte. Nach der Vorstellung dieser Gelehrten hat Gott selbst keine Gesellschaftsordnung vorherbestimmt, es ist also die Aufgabe der Menschen, sich selbst eine Verfassung und Gesetze zu geben.

So sieht beispielsweise Bülent Uçar, Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück, den Menschen in der Verantwortung, nach den Hintergründen der Offenbarungen zu fragen und die dahinterstehenden Werte auf die heutige Zeit zu übertragen. Für ihn und andere Gelehrte ist damit auch die Scharia als allgemeiner Wertekodex der Muslim_innen durchaus mit Grund- und Menschenrechten vereinbar, schließlich seien auch im Koran Werte wie Gleichheit und Gerechtigkeit festgeschrieben:

“Der Islam ist mit den Menschenrechten, ist mit der Demokratie, ist mit den ganzen Freiheiten zu vereinbaren. Wir Muslime versuchen das selbstverständlich auch anhand unserer islamischen Quellen zu beurteilen. Und da gibt es Möglichkeiten, wie man mit religiösen Quellen versuchen kann, sich an die Menschenrechte anzunähern.“ (in: Film „Der Weg zur Quelle“, HAW/ufuq.de, 2013 › <http://www.ufuq.de/ufuq-filmpaket-wie-wollen-wir-leben/>)

Die allermeisten gläubigen Muslim_innen sehen im Alltag – wie Gläubige anderer Religionen auch – keinen Widerspruch zwischen Glauben und gesellschaftlicher Ordnung. Das zeigt sich zum Beispiel im Engagement einer wachsenden Zahl von Muslim_innen in Parteien, Vereinen und Verbänden. Die sichtbaren Rollen, die Muslim_innen wie Cemile Giousouf (Abgeordnete der CDU im Bundestag), Hasret Karaçuban (Sprecherin des Arbeitskreises Grüne Muslim_innen des Bündnis90/Die Grünen), İlhan İlkılıç (Mitglied des Deutschen Ethikrates) oder Sawsan Chebli (Sprecherin des Auswärtigen Amtes) in der deutschen Politik spielen, sind Zeichen eines zunehmenden Selbstverständnisses als muslimische Deutsche, die sich natürlich auch – aber eben nicht nur – mit ihren Interessen als Muslim_innen in die Gesellschaft einbringen.

Das gilt gerade auch für viele junge Muslim_innen wie Youssef Adlah, einen Mitbegründer der Poetry-Slam-Kampagne I,slam, Betül Ulusöy, eine Juristin und Bloggerin, den Sänger Muhabbet, oder die Publizistin Sineb El-Masrar. Für sie ist klar, dass sie die Gesellschaft auch als Muslim_innen mitgestalten wollen.



Anregungen für die pädagogische Praxis

Jugendliche sprechen gerne über ihre Vorstellungen von Freiheiten, Rechten und Pflichten. Schon allein die Auseinandersetzung mit und Reflektion über Verantwortung, Individualität und den Aufbau von Gesellschaften können Anreize dafür sein, sich an gesellschaftlichen Prozessen aktiv zu beteiligen. Wie so oft gilt dabei: Diese Gespräche und Diskussionen funktionieren am Besten in lebensweltnahen Kontexten und anhand von konkreten Beispielen. Der pädagogische Impuls sollte hier vor allem darin bestehen, werteorientiert und ohne abstrakte Begriffe nach den Vorstellungen und Ideen der Jugendlichen zu fragen.

- „Was bringt mir die Demokratie?“
- „Welche Rechte habe ich als in Deutschland lebender Mensch? Welche Rechte habe ich als deutsche_r Staatsbürger_in? Gelten diese Rechte auch für Muslim_innen?“
- „Welche Themen fallen euch ein, für die ihr euch als Muslim_innen bei einer Wahle (Kommunalwahl, Landtags- oder Bundestagswahl, Wahl zum Europaparlament) besonders einsetzen könntet? Mit welchen Argumenten könntet ihr dafür werben?“
- „Welche Möglichkeiten habe ich, wenn ich mich ungerecht behandelt fühle? (möglicherweise mit Hinweis auf Antidiskriminierungsgesetzgebung, Beratungsstellen, Vertrauenslehrer_innen, Petitionen etc.)“
- „Wie kann ich mich für meine Rechte einsetzen (zum Beispiel in der Politik, im Stadtteil, im Verein, in der Schule)?“
- „Warum kämpfen Menschen in vielen Ländern für mehr Demokratie? Gibt es auch in Deutschland Menschen, die für mehr Demokratie kämpfen?“
- „Wie regelt ihr Interessenskonflikte untereinander, z.B. wenn ihr entscheiden müsst, wohin eine Klassenfahrt gehen soll? Wer entscheidet? Wie möchtet ihr, dass solche Fragen entschieden werden? Was wollt ihr bei der Entscheidung berücksichtigen?“
- „In welchen Lebensbereichen möchtet ihr mehr Rechte haben?“
- „Kennt ihr Gesetze, die ihr als ungerecht empfindet? Welche Interessen oder Meinungen stehen sich hier gegenüber? Wer vertritt welche Position? Kann das Gesetz so verändert werden, dass alle verschiedenen Meinungen berücksichtigt werden?“
- „Wie sieht ein idealer Staat aus, in dem ihr alle gerne leben würdet?“

Ziel der Gespräche, die sich hieran anknüpfen, ist es, mögliche religiöse Fragen in allgemein ethische und gesellschaftliche Fragen zu „übersetzen“.

Theologische Diskussionen sollten hier nicht geführt werden!

Kommt zum Beispiel auf die Frage nach einem idealen Staat die mit großer Selbstverständlichkeit vorgetragene Antwort, dass nur ein „islamischer Staat“ ein idealer Staat sein könne, kann die „Übersetzung“ durch Nachfragen angeregt werden: Was wäre in einem „islamischen“ Staat anders als in Deutschland? Freiheit und Schutz der Einzelnen, soziale Hilfestellungen – ist das „unislamisch“? Und wieder die Frage nach den eigenen Rechten: Was findet ihr in Deutschland ungerecht?



Materialien

Engagement

i,Slam ist eine Poetry–Slam-Initiative von jungen Muslim_innen, die 2011 gegründet wurde. In dem Dichterwettbewerb kommen immer wieder auch gesellschaftliche und politische Themen zu Sprache.

„i,Slam ist eine Kunstbühne. Aber für mich ist Kunst nur dann relevant, wenn sie etwas beiträgt zur gesellschaftlichen Bildung, und das wiederum bedeutet, politisch aktiv zu sein. Also sind wir eine Kunstbühne, die sich aktiv an gesellschaftlichen Themen beteiligt.“ (Youssef Adlah)

„i,Slam wurde nicht gegründet, um politisch zu sein – aber auf der Bühne kann es schon mal politisch werden. Es ist uns wichtig, dass Impulse gesendet werden, dass das Publikum zum Nachdenken angeregt wird.“ (Younes Al-Amayra)

(Interview mit Youssef Adlah und Younes Al-Amayra über die muslimische Poetry Slam Initiative I,slam, qantara.de, 21. Okt. 2013)

<http://de.qantara.de/inhalt/muslimischer-poetry-slam-die-5-saeulen-des-islam>

Rechte einfordern

Die Hamburger Politikwissenschaftlerin und Bloggerin **Kübra Gümüşay** ist eine der Initiator_innen der Kampagne #SchauHin, die Erfahrungen mit Alltagsrassismus in Deutschland dokumentiert. Die Kampagne soll aufrütteln und den Betroffenen das Wort geben.

„#SchauHin ist eigentlich nichts Neues. Schon seit etlichen Jahren bloggen und twittern Menschen in Deutschland online zu den Themen Rassismus im Beruf, in der Schule, in den Medien – im Alltag halt. Denn Rassismus ist nicht etwas, auf das wir entspannt mit weit ausgestrecktem Finger in der weiten, weiten Ferne zeigen können. Etwas, das irgendwo am rechten Rand der Gesellschaft geschieht, wo die Glatzen glänzen und die Springerstiefel stampfen. Nein. Rassismus ist hier. Mitten unter uns. Jeden Tag. Überall. (...) Das Teilen der Erlebnisse macht nicht schwächer oder gar erneut zum Opfer. Ganz im Gegenteil, das Teilen nimmt die Last von den Schultern, es macht öffentlich, was oft verborgen blieb. Es problematisiert, prangert an, verurteilt und schafft Raum für die Zukunft.“ (Kübra Gümüşay, ein-fremdwoerterbuch.com, 6. Sep. 2013)

<http://ein-fremdwoerterbuch.com/2013/09/schauhin/>

Ein Teil der Gesellschaft sein

Soufeina Hamed ist Psychologiestudentin und arbeitet als Zeichnerin. In ihren Cartoons beschäftigt sie sich mit den Erfahrungen von Muslim_innen in Deutschland und möchte zur Teilhabe an der Gesellschaft anregen. Ihre Cartoons veröffentlicht sie auf der Seite <http://tuffix.net>.



© Soufeina Hamed

Wählen gehen!

„Als Imame und Moscheevorsitzende rufen wir die Musliminnen und Muslime Berlins auf, am 18. September zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses zu gehen. Als Bürger unserer Hauptstadt genießen wir das Recht, Personen zu wählen, die uns repräsentieren und Entscheidungen treffen, die unser tägliches Leben berühren. Durch die Wahl können wir Einfluss nehmen auf die politische Gestaltung unserer Stadt. Dabei geht es nicht nur um Belange, die uns als Muslime direkt betreffen. Jede und jeder von uns hat auch seine Vorstellungen bezüglich Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt oder Umweltschutz. Damit die politischen Interessen/Ziele auch Realität werden können, ermutigen wir, die Berliner Imame, unsere muslimischen Geschwister, an den bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus teilzunehmen.“ (Wahlaufruf von Berliner Imamen und Moscheevorsitzenden zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 18. Sep. 2011)

„Eine hohe Wahlbeteiligung ist die beste Antwort auf den aufkommenden Nationalismus, Rassismus und die zunehmende Islamfeindlichkeit in Europa.“ (Ayman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland zur Europawahl, 20. Mai 2014)

<http://zentralrat.de/23695.php>

Der Islam ist ein Teil von Deutschland

Der Islam ist mit dem Grundgesetz vereinbar. Für diese Botschaft steht **Prof. Dr. Bülent Uçar**, Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Osnabrück. Damit Muslim_innen sich als gleichberechtigte Bürger_innen einbringen können, müssen sich Muslim_innen wie Nichtmuslim_innen verändern.

„Ich würde mir wünschen, dass wir es mit islamischen Verbänden, mit Muslimen zu tun haben, die in Deutschland beheimatet sind, ohne dass sie ihre Verbindungen in ihre Herkunftsländer kappen müssen, die aber letztlich sagen: Deutschland ist unser Zuhause, wir fühlen uns hier wohl, wir sehen unsere Gegenwart und unsere Zukunft hier. (Bülent Uçar)

„Einen Islam, der seinen Frieden gemacht hat mit Demokratie, mit Menschenrechten; Muslime, die gut gebildet sind, der deutschen Sprache mächtig sind, die kompetent sind; und islamische Verbände, die von solchen Leuten geführt werden. Eine islamische Religionsgemeinschaft, die völlig auf Augenhöhe ist mit der katholischen und evangelischen Kirche, mit der

jüdischen Religionsgemeinschaft und in jederlei Hinsicht bezüglich der Partizipationsmöglichkeiten, die dieser Staat, diese Gesellschaft anbietet, das heißt: gleichberechtigt neben den anderen Religionsgemeinschaften in Deutschland stehen. Das wäre mein Ideal, so wie ich mir den Islam in Deutschland vorstelle.“ (Bülent Uçar, Planet Wissen, 8. Feb. 2011)

http://www.planetwissen.de/kultur/religion/islam_in_deutschland/pwiemuslimischeslebenindeutschland100.htm

Weiterführende Informationen

Claudia Dantschke, Gott als Souverän? Vorbehalte gegenüber der Demokratie (Newsletter „Jugendkultur, Religion und Demokratie. Politische Bildung mit jungen Muslimen, Juni 2009)

<http://issuu.com/ufuq.de/docs/newsletter-12-2009/1?e=1152795/4300031>

Gudrun Krämer, Die islamische Demokratie. Warum die Scharia auch mit dem Rechtsstaat vereinbar ist (Die Zeit, 27. Feb. 2011)

<http://www.zeit.de/2011/09/P-Scharia>

Muslimische Genossen (Forum am Freitag, ZDF, 28. Feb. 2014)

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/kanaluebersicht/538-/suche/MuslimischeGenossen>

Projektbeschreibung

Das Pilotprojekt „Was postest Du? Politische Bildung mit jungen Muslim_innen online“ verbindet Ansätze der Peer-education und der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit in Sozialen Netzwerken. Das Projekt fördert und initiiert Reflexionsprozesse und zeigt Möglichkeiten der Teilhabe und Mitgestaltung auf. Das Projekt greift die Bedeutung von sozialen Netzwerken, Webforen und Content-Sharing-Plattformen für die Meinungsbildung auf und überträgt diese auf die politische Bildungsarbeit mit jungen Muslim_innen.

Kontakt

ufuq.de, Wissmannstr. 20/21, 12049 Berlin, info@ufuq.de

© ufuq.de, 2015